

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

26.7.1924 (No. 173)

Expedition:  
Karlstr. 14  
Hauptredaktion:  
Nr. 953  
und 954  
Postkonton:  
Karlstr. 14  
Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. K. M. e. u. b.  
Karlsruhe

Abzugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Geldmark. — Einzelnummer 10 Geldpfennig, Samstags 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Einheitspreis. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telegraphischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### \* Frankreich und die Londoner Konferenz

Die Suppe, die der Chauvinismus des Herrn Poincaré Frankreich eingebracht hat, muß nun Herr Herriot auf der Londoner Konferenz ausöffeln. Leider bringt Herriot aber nicht die Eigenschaften mit, die für ein so unangenehmes Werk notwendig sind, nämlich Geschicklichkeit, Geistesgegenwart und Entschlußfähigkeit. Obwohl der französische Ministerpräsident ganz andere Anschauungen vertritt wie Poincaré, hat er sich doch noch vor seiner Abreise aus Paris durch allerlei raffinierte Manöver Poincarés und seiner Vertrauensleute die Hände binden lassen. Und besitzt nun nicht den Mut, mit einem energischen Puck diese Fesseln zu lösen. So kann man es begreifen, daß Herriot die Londoner Konferenz als „einen Kalvarienberg“, als ein Golgatha, empfand.

Zweifellos ist Herriots Tätigkeit bis jetzt für die Welt nichts anderes gewesen, als eine einzige große Enttäuschung. Und es ist mehr als fraglich, ob er noch die Kraft finden wird, um wenigstens in Zukunft die Hoffnungen, die man auf ihn setzte, zu rechtfertigen. Sein Anfang war verheißungsvoll genug. Aber Schritt für Schritt ließ er sich von der Minderheit, vom Nationalen Blof zurückdrängen und in die Enge treiben. Den schwersten Fehler aber beging er, als er dem Senat gegenüber moralische Bindungen einging, die ihn zur Befolgung einer Politik verpflichtete, die nur noch zu einem Behntel Linkspolitik und schon zu neun Behnteln Poincarismus ist. Und obgleich jeder Tag in London ihm den Beweis erbringt, daß dieser Poincarismus der Fluch Frankreichs und der ganzen Welt ist, beharrt Herriot bei seiner Haltung und verurteilt damit die Beratungen der Konferenz zur Unfruchtbarkeit.

Wie sehr der Poincarismus Frankreich in den Augen der ganzen Welt geschadet hat, das hat Herriot dieser Tage in London wahrlich zur Genüge erfahren. Mit einer Entschiedenheit, wie man sie seit Jahren im Verkehr der „alliierten und assoziierten Regierungen“ nicht mehr erlebt hat, haben die amerikanischen und englischen Bankiers, nachdem sie den zu Kompromissen geneigten Kollegen Owen Young zurückgepöfien hatten, Frankreich die Meinung geäußert. Sie haben dabei denselben Standpunkt vertreten, von welchem aus auch wir in unserem Leitartikel vom 16. Juli zur Londoner Konferenz Stellung nahmen, nämlich den, daß es vor allem darauf ankommt, Frankreich ein für allemal von seinem imperialistischen Wahn, von seiner Hegemonialpolitik zu heilen und eigenmächtige Sanktionen auszusprechen. Die Bankiers fordern solches natürlich nicht aus irgend einer sentimental Vorliebe für Deutschland, sondern weil sie sich ganz richtig sagen, daß es keinen Zweck hat, in das europäische bzw. deutsche Geschick auch nur einen Dollar hineinzusteden, wenn Frankreich jeder Zeit durch eine Neuausgabe seiner Außenpolitik das wirtschaftliche und politische Chaos über Mitteleuropa heraufbeschwören kann. Und dementsprechend verlangen die Bankiers ihre ganz bestimmten Garantien.

Die Beschlüsse des ersten Ausschusses waren aber nun so, das sie Frankreich geradezu einen Freibrief für neue Sanktionen ausstellten. Es war vorauszusehen, daß die Bankiers sich dagegen zur Wehr setzen würden. Daß das mit einer solchen Schroffheit und Nachhaltigkeit geschehen würde, war allerdings nicht vorauszusehen. Die Bankiers haben dabei die Gelegenheit benützt, um einmal der französischen Delegation zu sagen, wie alle vernünftigen Leute der Welt über die französische Politik der letzten Jahre denken. Sie haben der Höflichkeit nur insoweit eine Konzession gemacht, als sie nicht die französische Regierung, sondern die Reparationskommission zum Objekt ihrer Angriffe machten. Man weiß ja aber nur zu gut, daß „französische Politik“ und „Reparationskommission“ dieselben Begriffe sind.

Wenn also die Bankiers, und zwar vor allem die amerikanischen, immer wieder erklärten, daß die Reparationskommission aber auch gar kein Vertrauen mehr besitze und in der ganzen Welt jeden Anspruch auf moralischen und politischen Kredit verpielt habe, dann heißt das auf gut deutsch, daß die französische Politik selber so ziemlich alles Vertrauen verloren habe. Am deutlichsten ist diese Tatsache in Erscheinung getreten, als die französische Delegation den Bankiers das Anerbieten machte, Frankreich werde, falls es zu Sanktionen käme, selber den Zinsendienst für die Anleihe übernehmen. Die Bankiers gaben darauf die fatale Antwort, daß die Garantie Frankreichs dann nichts mehr bedeuten würde, da Frankreich mit dem Augenblick, wo es von neuem zu Sanktionen ausholt, sei-

nen eigenen Kredit verloren haben würde. Und auch sonst sind der französischen Delegation von den Amerikanern noch so einige „Liebenswürdigkeiten“ gesagt worden.

Frankreich weiß also jetzt ganz genau, was ihm selber blüht, wenn es zu einer Politik à la Poincaré zurückkehrt. Dem Sturz der deutschen Währung würde der Sturz der französischen Währung auf dem Fuße folgen, und der Ruin Deutschlands würde der Ruin Frankreichs sein. Das ist gewiß eine heilsame Lehre für Frankreich. Aber sie allein genügt den Bankiers nicht als Sicherheit. Die Bankiers rechnen damit, daß einem Kabinett Herriot wieder ein mehr poincaristisch gefärbtes Kabinett folgen könnte, und sie wollen deshalb Zusicherungen, die über das rein finanzielle hinausgehen und Frankreich auch politisch festlegen, und zwar so festlegen, daß eine Wiederholung der Politik vom 11. Januar 1923 ein für allemal ausgeschlossen ist. Die Bankiers sind klug genug, um zu wissen, daß es sich bei den jetzigen Verhandlungen ja letzten Endes nicht bloß um die 800 Millionen-Anleihe, sondern um die 16 Milliarden handelt, die nach dem Dawesgutachten unterzubringen sind.

Selbstverständlich werden mannigfache Versuche gemacht, um den festen Willen der Bankiers zu erschüttern und sie wenigstens einem Kompromiß geneigt zu machen. Und die gleichen Versuche werden bei Herriot unternommen, um diesen von seiner Forderung der Handlungsfreiheit im Falle deutscher Verfehlungen abzubringen. Von einem Erfolg dieser Bemühungen ist bis jetzt jedoch noch wenig zu merken.

### Die Krise in London

London, 26. Juli. Die „Times“ schreiben in einem „Stille“ überschriebenen Artikel, die Lage vergingen und die interalliierte Konferenz mache keine Fortschritte. Die Sachverständigen könnten ihre Aufgabe in fünf Minuten beendigen, wenn sie nur die Absichten ihrer Chefs könnten. Die Haupter befänden sich selbst in einem Dilemma. Die informellen Besprechungen, die überall in London vor sich gingen, seien für den Augenblick der wichtigste Teil der Konferenz. Niemand könne mit Sicherheit voraussagen, was daraus entstehen werde, oder wie lange die Konferenz dauern werde.

Die führenden Staats- und Finanzmänner Europas und Amerikas seien in einem äußerst kritischen Augenblick in London versammelt. Die unmittelbare Zukunft der Zivillisation Europas hänge von ihrer Übereinstimmung ab, die sie alle wünschten. Die Politiker wüßten, daß die Regierungen mit den Beschlüssen der Konferenz ständen und fielen. Die Bankiers betonten die bedauerliche Wirkung auf Handel und Industrie, wenn es der Konferenz nicht gelingen würde, ein vollständiges und überzeugendes Übereinkommen zu erzielen. Um aus der gegenwärtigen Lage, in der sich die Delegierten auf der Konferenz befänden, herauszukommen, bliebe nur übrig, entweder den Sachverständigenplan streng und unbefugsam als Ganzes anzusehen, oder es aber den Nationen Europas zu überlassen, so gut, wie sie es könnten, mit dem unvermeidlichen Chaos fertig zu werden. Das Dilemma, das die Konferenz zu diesem Stillstand gebracht habe, bestche letzten Endes lediglich in einem Konflikt zwischen den Vertretern Frankreichs und den Bankiers, die berufen seien, die in dem Sachverständigenplan vorgesehene Anleihe zu zeichnen. Die Folgen eines Fehlschlages der Konferenz seien so furchtbar, daß die Staatsmänner und Finanzleute in London bleiben müßten, bis sie eine wirkliche Lösung fänden.

### Die Zuziehung Deutschlands

Paris, 26. Juli. Wie der Sonderberichterstatter des „Matin“ mitteilt, haben die Juristen, die beauftragt sind, die Frage der Beteiligung deutscher Delegierten an der Londoner Konferenz zu prüfen, die zur Debatte stehenden Fragen in drei Kategorien eingeteilt:

1. Fragen, die nur die Alliierten interessieren,
2. Fragen, die aus dem normalen Rahmen der Angelegenheit herausgelöst werden, über die die deutsche Regierung mit der Reparationskommission verhandelt, und
3. Fragen, über die zwischen der deutschen Regierung und den alliierten Regierungen verhandelt werden muß.

Zu dieser Kategorie fallen vor allen Dingen die Modalitäten der industriellen Klärung des Ruhrgebietes, weil diese nichts mit dem Versailler Friedensvertrag zu tun hat, eine Konsequenz des Dawesplanes sei und nur durch die Mitarbeit der deutschen Regierung durchgeführt werden könne. Wenn also die Alliierten sich verständigten, sei die Einladung gewiß. Es sei aber eine Mitteilung vom Foreign Office bis jetzt noch nicht erfolgt, und Macdonald habe auch der deutschen Regierung noch nicht mitgeteilt, sich bereit zu halten.

Die Einladung wird später, wenn die Konferenzarbeiten genügend fortgeschritten sind, um den Zeitpunkt der Hinzuziehung der Deutschen zu bestimmen, offiziell nach Berlin übermittelt werden.

Paris, 26. Juli. Nach dem Berichterstatter des „Quotidien“ haben die französischen Sachverständigen die Absicht ausgesprochen, daß die deutsche Delegation, die an der Londoner Konferenz teilnimmt, auf dem Fuße voller Gleichberechtigung mit den alliierten Delegierten stehen müsse. Der Berichterstatter nimmt an, daß die Diskussion zwischen den Alliierten und den Deutschen am Mittwoch beginnen werde.

Das Organisationskomitee der Reichseisenbahngesellschaft hat in London die Bearbeitung der Entwürfe eines Gesetzes und einer Gesellschaftsordnung der neuen Gesellschaft beendigt und die Entwürfe mit einem Bericht der Reparationskommission vorgelegt. Das Komitee hat in langwierigen Beratungen der sachlichen und finanziellen Fragen die Grundlage für die Bildung der Gesellschaft gelegt, die die größte der Welt sein und ungefähr 700 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter umfassen werde. Das Komitee setzt sich bekanntlich aus Ahoorth, Lefevre und den beiden deutschen Mitgliedern Bergmann und Vogt zusammen. Von der Ernennung eines fünften, neutralen Mitgliedes wie ursprünglich vorgesehen war, hat man Abstand genommen, da die Arbeiten des Komitees zu einem vollen Endergebnisse geführt haben.

### Außenpolitische Aussprache im Reichstage

Im Reichstag kam es am Freitag zu einer außenpolitischen Aussprache. Nachdem Herr Lehmann, namens der Mittelparteien den Beschluß der Regierung, ihre Politik auf der Grundlage des Dawesgutachtens zu führen, nochmals gebilligt und daran die Forderung geknüpft hatte, zu den im Vertrag von Versailles vorgesehenen Okkupationsgrenzen zurückzukehren und Sicherheit gegen weitere militärische Besetzungen zu schaffen, verwies der Reichstanzler das Haus auf die Erklärungen, die der Minister des Auswärtigen kürzlich im Ausschuß gemacht hat, und lehnte eine eingehendere Besprechung im Plenum ab, weil sie nicht zweckmäßig sei, solange man in London noch nicht zum Ziele gelangt ist.

Die Deutschnationalen schickten einen Redner zweiter Garnitur, den Berliner Bezirksbürgermeister Berndt, vor, der hauptsächlich zur Kriegsschuldfrage sprach. Hieraus geht hervor, daß in der Deutschnationalen Partei das Feuer der Ablehnung, mit dem sie ihren Wahlsieg errungen hat, merklich schwächer geworden ist. Scheidemann sprach dann für die Sozialdemokraten, dann sprachen Bötsche und Kommunisten.

Berlin, 26. Juli. Heute wurde nach Erledigung von Anträgen und Kleinen Vorlagen die Aussprache über

### die sozialpolitische Vorlage

bei der Erwerbslosenfürsorge fortgesetzt. Nach einer längeren Debatte werden in allen drei Lesungen die Ausschüßanträge angenommen. Der sozialdemokratische Deckungsantrag (Lohnsteuer, Vermögenssteuerzuschlag) wird dem Steuerzuschuß überwiesen. Der Ausschüßantrag zur Kriegsschuldabtragensfürsorge wird in dem einen Punkt geändert, daß die Frage der Nachzahlung für bereits geleistete Abfindungen dem Aufwertungsausschüß überwiesen wird. Die über die Ausschüßbeschlüsse hinausgehenden Anträge werden abgelehnt, meist gegen eine Minderheit der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten.

Hierauf werden die Ausschüßanträge zur Fürsorgepflicht angenommen. Es folgt die Beratung des nationalsozialistischen Antrages auf

Aufhebung des Disziplinarverfahrens gegen den Abg. Fried, das gegen ihn in seiner Eigenschaft als Oberamtmann wegen seiner Beteiligung am Hilderputsch eingeleitet ist. Der Geschäftsordnungsaußschüß beantragt Ablehnung des nationalsozialistischen Antrages.

Abg. Wahl (Nat.-Soz.) ersucht um Annahme des Antrages. Abg. Brodauf (D.) weist darauf hin, daß in dem Buch eines Herrn, der jetzt Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion sei, die Immunität der Abgeordneten scharf bekämpft wurde. Der Bayerische Landtag habe die Aufhebung des Verfahrens gegen Kühner abgelehnt. Es wäre eine Ungerechtigkeit, wenn der Reichstag den wegen derselben Straftat verurteilten Fried anders behandeln wollte.

Abg. Roenen (K.) wendet sich unter dem Beifall der Kommunisten und Nationalsozialisten gegen den Abg. Brodauf. Letzterlicher Hochverrat sei lange vor dem Hilderputsch durch Kahr und Lohjow begangen.

Abg. Levi (Soz.) meint, der Standpunkt der Kommunisten wäre nur verständlich, wenn ihre Ziele und Mittel sich mit denen der Deutschnationalen deckten, welche sich als Klasse mit ihnen verbunden fühlen.

Abg. Haas (D.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Roenen. Die jetzigen auf Gewalt gestellten russischen Machthaber würden sicherlich auch keinen gewalttätigen Versuch um Umsturz dulden. Die deutsche Demokratie müsse sich nur den einen Vorwurf machen, daß sie in der Verteidigung der Republik oft genug nicht rücksichtslos genug gewesen sei.

Von den Nationalsozialisten ist namentliche Abstimmung über den Antrag beantragt worden. Als sich auch die Kommunisten zur Unterstützung des Antrages erheben, werden sie von den Nationalsozialisten mit Heulrufen begrüßt. Die Unterstützung reicht trotzdem nicht aus. In einfacher Abstimmung

wird darauf der Ausschussantrag gegen die Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen, die Aufhebung des Verfahrens gegen Fried also abgelehnt.

Zur Beratung gestellt wird in erster Lesung der Notetat. Verbunden damit werden die Beschlüsse des Rechtsausschusses über den Ausnahmezustand, die Zeitungsverbote, die Urteile der bayerischen Volksgerichte und die Neubildung der Untersuchungsausschüsse des vorigen Reichstages betreffend die Kriegsschuldfrage usw.

Reichsfinanzminister Dr. Luther weist darauf hin, daß die Regierung nicht einfach eine Verlängerung der bisherigen Notgesetzgebung beantrage, sondern einen vorläufigen Haushaltsplan vorlege, in dem die Endfiguren des dem Reichstag bereits zugegangenen endgültigen Reichshaushaltsplan für 1924 enthalten sind. Die Sicherung der Rechte des Reichstages sei also größer als bisher. Im übrigen beruft sich der Redner auf seine gestrige Rede über den außerordentlichen Ernst unserer Finanzlage.

Abg. Fehrenbach (Z.): Namens der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und des Zentrums habe ich zu erklären, daß die Regierungsparteien im Augenblick die Durchführung einer außerpolitischen Aussprache für wenig übersehlich halten. (Ausrufe und Lärm auf der Rechten.) Deshalb begnügen wir uns mit folgender

#### Erklärung:

Die genannten Fraktionen billigen die Außenpolitik des Kabinetts (Zuruf bei den Kommunisten: Welche denn?) und stimmen der Regelung der Reparationsfrage auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens zu. (Zuruf rechts: Landesverrat! Lachen bei der Mehrheit.) Soll das Ziel erreicht werden, so kann das Gutachten nicht nur soweit in Kraft gesetzt werden, als es Deutschland neue Lasten auferlegt, sondern es muß vielmehr auch den Bestimmungen Rechnung getragen werden, in denen das Gutachten auf Deutschlands Lage Rücksicht nimmt. (Zuruf rechts: Das tut es ja nicht!) Als Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit Deutschlands bezeichnen die Sachverständigen die Verstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des gesamten Staatsgebietes. Deshalb muß das über den Vertrag von Versailles hinaus besetzte Gebiet wirtschaftlich und militärisch geräumt (Zuruf rechts: Da könnt Ihr lange warten!), der Vertragszustand im allbesetzten Gebiet wiederhergestellt, die Gefangenen befreit (Beifall), die Ausgewiesenen zurückgeführt (Erneuter Beifall) und die deutsche Souveränität und die vom Rheinlandabkommen anerkannten Rechte der rheinischen Bevölkerung wiederhergestellt werden. (Lärmende Zurufe auf der Rechten.)

#### Reichskanzler Marx:

Die Erklärung der drei Parteien ist zu ernst, um auf solche lächerlichen Störungen eingehen zu können. Wir haben gehandelt, wir haben gehandelt mit politischen reifen Männern zu tun haben. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Ferner müssen bei der Durchführung des Gutachtens die Grenzen der Leistungsfähigkeit Deutschlands eingehalten werden. Nach dem Gutachten selbst sind Zahlungen nur in dem Umfang zu leisten, daß dadurch wieder die Lebenshaltung des deutschen Volkes unter den Stand anderer Kulturnationen herabgedrückt, noch die Stabilität der deutschen Währung an den internationalen Börsen erschüttert wird. Die Verpflichtungen, die Deutschland eingehen soll, gehen über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinaus, die Verpflichtungen können von Deutschland nur im Wege eines freien Vertrags übernommen, niemals als Diktat aufgezungen werden. Die bisherige Entwicklung hat bewiesen, daß die Reparationsfrage nicht durch Gewalt, sondern nur auf dem Wege verständnisvoller Zusammenarbeit aller Nationen zu lösen ist. Wir vertrauen darauf, daß die Reichsregierung in diesem Geiste in die Londoner Verhandlungen eintritt. Wir billigen es, daß die Reichsregierung die Kriegsschuldfrage aufgegeben hat. (Beifall.) Wir sind bereit, sie bei der Fortführung ihrer seither konsequent verfolgten Politik mit allen Kräften zu unterstützen. (Erneuter Beifall bei der Mehrheit.)

Angeichts der außerpolitischen Lage und angesichts namentlich der Tatsache, daß zurzeit über die Ergebnisse der Londoner Konferenz noch nichts Bestimmtes, Feststehendes zu sagen ist, hält die Reichsregierung es nicht für zweckmäßig, hier in eine näher eingehende Darlegung einzutreten (Zustimmung bei den Regierungsparteien), namentlich da unser Standpunkt ganz genau derselbe ist wie der, den ich in meiner Regierungserklärung am 4. Juni d. J. eingehend dargelegt habe. Ich habe, um das gleich zu bemerken, gegenüber gewissen Zwischenrufen, auch bezüglich der Schuldfrage, eine Stellung eingenommen, die dann noch ausgiebig vom Herrn Außenminister erweitert worden ist, und die so ist, daß ich auch heute nicht das Geringste hinzusetzen habe. Ich beschränke mich deshalb heute auf die Erklärung, daß die Wünsche und Forderungen, die der Redner zur Sprache gebracht und die sicherlich auch von der großen Mehrheit des hohen Hauses und vom gesamten deutschen Volk gebilligt werden, von mir gern entgegengenommen werden, und daß die Reichsregierung bestrebt sein wird, sich in allen Fällen für ihre Durchführung einzusetzen. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien.)

## Der Film und der Deutsche Werkbund

Geboren seinem Grundsatze, künstlerisch zu veredeln, hat der Deutsche Werkbund auch den Film in den Kreis seiner Interessen hineingezogen. So veranstaltete er anlässlich seiner Tagung Freitagabend im Konzerthaus einen öffentlichen Vortrag des Herrn Dr. Haackel-Berlin, der über das Thema „Was kann heute der Spielfilm?“ sprach. Der Film, insbesondere der Spielfilm, bedeutet heute eine Macht, die in seinen besten Erzeugnissen künstlerische Darbietungen zeigt und als Kulturmoment gewertet werden muß; andererseits ist nicht zu verkennen, daß der Schundfilm noch in weit höherem Maße als die Schundliteratur auf die breiten Massen des Volkes verheerend wirkt. Außer den Lehrfilmen unterscheiden wir Naturfilme, Spielfilme und die in letzter Zeit so beliebten Zauber- (Trick-)Filme. Die Lehr- und Naturfilme sind durch ihre Sujets begrenzt. Besonders die Letzteren erhalten erhöhtes Interesse, wenn sich in ihnen Bewegungsmomente, wie eilende Rollen, erragte See usw., zeigen. Anders der Spielfilm; er ist unbegrenzt in seinen Darbietungen wie das menschliche Leben, wie die Epik und das Drama. Das künstlerische Moment des Film ist die Bewegung. Hier muß der Künstler einsehen; hier vermag er tiefe Wirkungen zu erzielen: in der Bewegung der Massen, in der Wahl der Träger der Hauptrollen, in der Beleuchtung, im Rhythmus und vor allem in der Wahrheit seiner Bilder, denn der Film ist Photographie und die Photographie ist unerbittlich in ihren Wiedergaben. Daher meidet der geistvolle Filmregisseur den Berufschauspieler und sucht sich im Volke seine Typen, wie er sie braucht. Gewiß, der Film entbehrt des Mittels der Sprache, aber er besitzt das Mittel der Bewegung, das er zu höchster dramatischer Wirkung, ja zu grauenvoller Realistik zu steigern weiß. So haben wir gestern Abend eine Szene: Der Herr vom „hochpolitischen“ Gericht von fast abstoßender Wirklichkeit. Hierhin gehört auch die Reklame aus dem Film Dubarry kurz vor ihrer Einrichtung und diese. Wie umfassend doch der Film ist: Wir sehen die grandiose Bergwelt, die unendliche See im Loben der Elemente; wir schauen unter den Ausdrücken menschlicher Leidenschaft; wir sind entzückt von der

Abg. Berndt (Dm): Es wäre richtig gewesen, wenn die Reichsregierung etwas entschiedener vor dem öffentlichen Forum des Reichstages ihre Haltung zum Ausdruck gebracht hätte. Mindestens hätten wir erwartet, daß der Außenminister, der doch der Rächte dazu ist, diese Erklärung abgegeben hätte. Alle christlichen Forscher im In- und Ausland sind darin einig, daß die alleinige Schuld am Ausbruch des Weltkrieges bei Rußland und Frankreich lag, und daß die deutsche Regierung daran unschuldig war, wenn sie auch bei der grenzenlosen Untergläubigkeit des Kaisers und seiner Ratgeber große politische Fehler begangen hat. Es muß Schuld und Ursache des Krieges unterschieden werden. Die Prüfung der politischen Vorgänge vor dem Kriege wird zeigen, daß Rußland, England und Frankreich planmäßig den Krieg vorbereitet haben. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Scheidemann (S.), mit großer Unruhe von der Rechten begrüßt, erklärt zunächst, daß seine Fraktion nicht wie die deutschnationale einen Redner zweiter Garnitur vorschiden werde. In der Juridik der Kriegsschuldfrage in Artikel 231 des Versailler Vertrages ist das ganze deutsche Volk einig. Aber im Ausland ist die Situation leider so, daß dieser Kampf vorläufig aussichtslos ist. In der Schuldfrage handelt es sich um eine deutsche, nicht um eine Parteifrage. (Beifall.) Die allgemeine Kriegsschuld Deutschlands ist von keiner Regierung anerkannt worden. Schon die erste Revolutionärregierung hat sich dagegen verweigert, und nach der Unterschrift hat der Abgeordnete Schulz-Bromberg erklärt, er erkenne an, daß auch die Gegner seiner Ansicht nur aus vaterländischen Gründen gehandelt hätten. (Hört! Hört! bei der Mehrheit, Unruhe rechts.) In der anscheinend veränderten Haltung Herrris erbilden wir einen Erfolg des französischen Nationalismus, womit dem deutschen Nationalismus wieder Wasser auf die Mühle geleitet wird. Wir halten den Achtstundentag fest, sind gegen Lebensmittelpreise, gegen Verteuerung des Brotes. Wir möchten die Stunde herbei, die das Volk zu einer Entscheidung aufruft.

Abg. Rosenfeld (A. ist mit dem Vorredner der Ansicht, daß die Deutschnationalen vor dem Unfall stehen und das Sachverständigen Gutachten annehmen werden, wenn ihnen dafür das preussische Innenministerium angeliefert wird. Der Antrag auf Anschließung Deutschlands an den Völkerbund sei ganz unüberwindlich, denn der Völkerbund sei nur ein Machtinstrument der französischen Kapitalisten. Schon der bisherige Verlauf der Londoner Konferenz zeige, daß Deutschland die vom Gutachten erhofften Vorteile nicht genießen, sondern nur die weit über den Versailler Vertrag hinausgehenden Lasten tragen werde. Wir sind in Deutschland aufgestanden, den Achtstundentag aufrechtzuerhalten, und so wird es beim Festhalten der Erfüllungspolitik mit allen sozialen Errungenschaften gehen.

Von den Abgeordneten v. Graefe (Nat.-Soz.) und Genossen ist ein Antrag auf Annahme eines Misstrauensvotums gegen die Reichsregierung eingegangen.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.): Die Schuldfrage beginnt nicht mit dem 28. Juni 1914. Ihre Ursprung ist viel älter. Wir Aldeutschen haben seinerzeit die Rede des Kaisers mit auf das schärfste kritisiert. Wir haben die Bismarcksche Politik stets als eine solche der Schwäche und Manigfaltigkeit bekämpft. Wir stehen den Bedingungen des Gutachtens ablehnend gegenüber und haben kein Vertrauen zu dieser sogenannten Regierung. Mit der Räumung wird es, wenn erst das Gutachten unterschrieben ist, auch wieder nichts werden. Mit der Willkürkontrolle ist es ja auch schon so. (Abg. Brodau (Dem.): Daran sind Sie schuld! Widerspruch und Gegenruf rechts: Ihr Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold! Große Unruhe.) Wir möchten mit Rußland von Nacht zu Nacht über ein Zusammengehen verhandeln. (Ausrufe bei den Sozialdemokraten.) Der Redner schließt mit einer Kundgebung, in der es heißt: „Die Regierung Marx-Stresemann, die im Widerspruch mit Artikel 54 der Reichsverfassung die Geschäfte des Reiches führt, hat sich ermächtigt gelaugt, ohne Befragen des Reichstages bindende Zusagen dem Feindbund hinsichtlich des Dawesgutachtens zu geben. Die Fraktion der Nationalsozialistischen Freiheitspartei erhebt Einspruch gegen eine derartige Preisgabe deutscher Belange. Die Fraktion sieht in dem Dawesgutachten nach den Worten des amerikanischen Sozialisten Berger den teuflischsten Plan, Deutschland bis zum Verbluten auszulagern. Dieses Dawes-Gutachten ist erneut auf der Kriegsschuldfrage aufgebaut. Schon aus diesem Grunde hat die Regierung die Pflicht, das Dawes-Gutachten in seinem Gesamtumfang abzulehnen.“

Abg. Kunge (Deutschnat.) protestiert gleichfalls gegen Annahme des Gutachtens.

Bei Beginn der zweiten Lesung um 11 Uhr nachts stellt Abg. Bell (Z.) sofort nach Eröffnung der Aussprache einen Antrag auf Schluß der Debatte, der gegen die Rechte und die Kommunisten angenommen wird.

Es wird dann die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschlossen, der die Arbeit des früheren

Ausschusses zur Feststellung der mit dem Krieg zusammenhängenden Schuldfrage fortsetzen soll.

Über die Anträge des Rechtsausschusses auf Wiederannahme der von den bayerischen Volksgerichten durch Urteil abgeschlossenen Verfahren, Aufhebung der letzten Preseverbote des Reichspräsidenten und des Verbots politischer Parteien erstattet Abg. Kahl (D. Sp.) Bericht. Der Notetat ist damit in zweiter Lesung erledigt und wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Bei der Beratung der Anträge des Rechtsausschusses erklärt der bayerische Bevollmächtigte v. Freger zu dem Gesetzentwurf über Einführung des Wiederaufnahmeverfahrens für die Entscheidungen der bayr. Volksgerichte: Nach Ansicht der bayr. Regierung sei das Reich in dieser Frage nicht zuständig. Die Annahme des Gesetzes im Sinne des vom Rechtsausschuß gestellten Antrags würde eine Verfassungsänderung bedeuten, für die eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sei. Die bayerische Regierung würde jedoch auch ein verfassungsmäßig zustande gekommenes Reichsgesetz dieser Art als einen schweren Eingriff in ihre Zuständigkeit ansehen. Der Gesandte bittet, die eingebrachten Anträge abzulehnen.

Am Mittwoch wird ein Vertragungsantrag abgelehnt. Abg. Fried (Nationalsoz.) wendet sich unter lautem Protest der ganzen Linken gegen den Antrag des Rechtsausschusses, der nur die Befreiung des Landesverträgers Fedenbach bezwecke.

Abg. Dr. Pfeiler (D. Sp.) wendet sich gleichfalls gegen die Anträge des Rechtsausschusses, die einen unerträglichen Eingriff in die bayerische Justizorgane darstellen würden. Abg. Kube (Nationalsoz.) beantragt die Aufhebung des Verbots nicht nur politischer Parteien, sondern aller nationalen Verbände und Vereine. Dieses Verbot sei unzulässig, gerechtfertigt als das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold unter dem Protektorat des Reichspräsidenten öffentlich militärische Übungen abhalte.

Am 1 Uhr bezweifelt der Abg. Schulz-Bromberg (Dnt.) mit Erfolg die Beschlußfähigkeit des nur noch schwach besetzten Hauses.

Präsident Wallraf vertagte darauf die Weiterberatung auf Samstag 11 Uhr vormittags.

#### Der Astenrat des Reichstages

beschäftigte sich am Freitag mit den Dispositionen für die Folgezeit. Es wird gehofft, daß am heutigen Samstag der Notetat, nachdem er am Vormittag dem Haushaltsausschuß passiert haben wird, in 3. Lesung endgültig verabschiedet werden kann. Dann tritt die Möglichkeit einer längeren Beratung ein, die jedoch durch eine Wiederberatung des Reichstages zur Erledigung der Gesetze zum Sachverständigen Gutachten voranschreitlich unterbrochen werden muß. Dieser Fall könnte vielleicht in 8 bis 14 Tagen eintreten.

## Kurze Nachrichten

Die Reichsbeziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 23. Juli auf das 1,16 Billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vormoche (1,15 Billionen) ist demnach eine Steigerung von 0,9 Prozent zu verzeichnen.

Das französische Kriegsgericht in Landau verurteilt den Schüler der Oberrealschule Ludwigsbafen Kettler wegen Beteiligung an dem Anschlag auf den Separatistenführer Gumbinger. Obgleich es sich um einen Anschlag deutscher Staatsbürger auf einen deutschen Staatsbürger handelt, also um einen Fall, der zur Zuständigkeit der deutschen Justiz gehört, verhafteten die Franzosen den Oberrealschüler, weil er im Besitze einer Patrone war. Trotzdem jener weitere Beweis seiner Mittäterschaft fehlte, verurteilte ihn das französische Kriegsgericht zu 5 Jahren Zwangsarbeit.

Untaten farbiger Franzosen. Wie das „Höchste Kreisblatt“ meldet, wurde am Donnerstagabend 8 Uhr ein Arbeiter im Innern der Stadt Höchst von einem Marokkaner angehalten und nach seinem Paß gefragt. Der Marokkaner bestand auf der Festnahme und ließ den Arbeiter zum Offizier mitgehen. Auf dem Wege zum Güterbahnhof nahm der Marokkaner dem Arbeiter die silberne Uhr mit Kette und 11 Mark ab, bedrohte ihn und beging ein schweres Sittlichkeitsverbrechen an ihm. Ferner wurde ein Bauer im Vorort Eindringen von einem Marokkaner überfallen und mit dem Dolche schwer verletzt.

Das englische Unterhaus hat die Wohnungsbill in 3. Lesung angenommen, während der konservative Antrag auf Ablehnung der Bill mit 226 gegen 131 Stimmen gefallen ist. Die Bill wurde sodann vom Oberhause in 1. Lesung erledigt.

Bei Eröffnung des südafrikanischen Parlaments verlor der Generalgouverneur Charles of Athlone die Thronrede, worin die Vorlage eines Gesetzes im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Abkommens über die Stellung der deutschen Staatsbürger in Südafrika angekündigt wird.

eindringlichen Lieblichkeit Grimmscher Märchenbilder, werden unwiderstehlich hineingezogen, in die Welt geheimnisvoller Vorgänge und lachen Tränen über die unwiderstehliche Komik in dem Wettlauf zwischen Haas und Schneegewitt.

Der geistige Abend ist zunächst als Versuch des Werkbundes zu werten, dem Film künstlerische Wege zu weisen und diesen Gedanken zu propagieren. Wie ein Redner des Werkbundes im Schlusswort mitteilte, habe der Abend bewiesen, daß die Frage nach nicht profanem, sondern nach der herrschenden gegenständlichen Auffassung der Bedeutung des Films. Der Werkbund werde nicht aufhören in seiner Bemühung, das künstlerische Wertvolle im Film zu heben.

Der Jahresbericht des Deutschen Werkbundes gibt ein anschauliches Bild von der Tätigkeit des Bundes für die Veredelung der gewerblichen Arbeit im Zusammenwirken der Kunst mit der Industrie, Handel und Handwerk. Die Zahl der Werkbundmitglieder beträgt rund 2000, zur Hälfte Künstler, zur anderen Hälfte Industrielle und Handwerker.

Der Werkbund veranstaltete z. B. eine sehr gute Ausstellung „Die Form“ in Stuttgart, die bereits von einem Duzend anderer deutscher Städte als Wanderausstellungen angefordert wurde und im September in Frankfurt a. M., im Oktober in Köln a. Rh., gezeigt werden wird. Die Werkbundausstellung in Amerika ist zu Ende; auch die Bremer Gruppe des Deutschen Werkbundes hat eine Ausstellung veranstaltet. Auf der Frankfurter Messe sammelt das Haus Werkbund die Qualitätsarbeit. In der Frage des staatlichen Bauwesens in Weimar hat der Werkbund seine Stimme erhoben ebenso bei der staatlichen Porzellan-Manufaktur in Berlin, bei der Steuer- und Gewerbeabgabe zu Gunsten der Industrie mit qualitativer Handarbeit. Für kirchliche Kunst besteht ein besonderer Werkbundauschuß. Die grundsätzliche Stellungnahme des Deutschen Werkbundes zur Reform der Kunstgewerbeschule soll Gegenstand einer besonderen Werkbundbesprechung bilden. Die Werkbundmitteilungen erscheinen regelmäßig; ebenso von jetzt ab (in der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart) „Wörter der Form“ über Keramik, über Architekturstil, Verkehr, Monumentalmalerei, über „Deutsche Wiederaufbauarbeit“ (Wiederaufbau von Goldap) über Goldschmiedekunst usw.

Museum der Kunstgewerbeschule Forstheim. Aus verschiedenen Ursachen war die Neuordnung des Museums der Kunstgewerbeschule Forstheim notwendig geworden. Sie enthält bekanntlich eine Reihe von kunstgeschichtlichen und künstlerischen Schätzen. Im Hinblick auf die zur Zeit schwer kämpfende Industrie, die sich noch mehr wie früher auf Qualitätsgrundsätze einstellt, um die Konsumtion zu überwinden, ist es dringend geboten, alle Faktoren der Weiterbildung heranzuziehen. Die Aufgabe der Sammlung ist daher nicht die eines Heimatmuseums sondern die eines nach neuesten Gesichtspunkten geordneten Schmudmuseums zur Anregung und Förderung der westfälischen Forstheimer Edelmetallindustrie. Diesem Ziele kommt die durch Prof. Segmüller nunmehr durchgeführte Neuaufstellung in jeder Hinsicht entgegen. Nach der selbstverständlichen Entfernung der Gipsnachbildungen wurde das Hauptaugenmerk auf die übersichtliche Anordnung der berühmten Seidelschen Ringammlung gelegt, die Originale aus allen Jahrhunderten enthält. Um diese gruppieren sich je nach der Zeit Originale Bronzen, Schalen, Terrakotten u. a. zeitliche und Dauerleihen des Landesmuseums, das hier einer besonders wichtigen Aufgabe großes Verständnis entgegen gebracht hat. Objekte Ostasiens, Ägyptens, der Südsee, sowie die bedeutende Völkerkundesammlung (Lufthaus) schließen sich an. Durch eine sehr geschickte Anwendung eines stumpfen Grün, das vortrefflich zu den Hauptfarben der Schaubjekte Gold, Silber, Schwarz steht, wird das Ganze zusammengehalten. Trotzdem können aber auch technische Einzelheiten genau beobachtet werden.

Städt. Konzerthaus. Auf die heute Samstag stattfindende letzte Wiederholung der erfolgreichen Operette „Die schöne Widm“ sei hiermit nochmals hingewiesen. — Morgen Sonntag findet die Erstaufführung des Rotofoto-Singspiels „Des Königs Nachbarin“ von Leon Jessel statt. Die Partie des „Peters“ singt Kurt Schütt und ist dies gleichzeitig das letzte Schauspiel des beliebten Operettentenor; den „Fridericus“ bespielt Fritz Melchior. Leiter der Aufführung ist Direktor Steffert; über musikalische Leitung hat Kapellmeister Ritz. — Montag und täglich gelang ebenfalls „Des Königs Nachbarin“ zur Wiedergabe.

# Badischer Teil

## Badischer Landtag

Arbeitsministerium — Ministerium des Innern

Es ist merkwürdig, wie sich Parlamente manchmal an kleine Dinge hängen. Die von uns schon erwähnte Debatte, ob dem Badischen Baubund ein staatlicher Kredit von 100 000 bzw. 200 000 M. gewährt werden soll, zog sich am Freitag früh fast zwei Stunden lang noch hin. Wie stark beide „Parteien“ waren, bewies die alsdann vorgenommene Abstimmung: 21 zu 19. Die Befürworter der staatlichen Subvention waren mit zwei Stimmen in der Mehrheit. Damit war die Aussprache über das Arbeitsministerium, dessen Berichterstatter seit Jahren Abg. Dr. Glöckner ist, erledigt. Die Wogen hatten sich geglättet und brausten auch während des ganzen Tages nicht mehr auf. Auch nicht beim Ministerium des Innern, dessen Voranschlag in der Beratung dem des Arbeitsministeriums folgte. Hier gab Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe einen ausführlichen Bericht, für den sogenannten landwirtschaftlichen Teil des Voranschlags Abg. Weiskopf und für die Frage der Fortbildung der Landwirtschaftskammer an die Regierung bzw. an den Landtag Abg. Gebhardt.

Die alsdann die Aussprache führenden Vertreter der einzelnen Parteien behandelten in der Hauptsache die derzeitige Notlage der Landwirtschaft und die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen. Mehr politische Angelegenheiten, wie Presseabteilung, Karlsruhe Zeitung usw. schneit nur ein Redner an. Erst am Dienstag geht die Debatte weiter, da der Samstag — nachdem der Landtag volle 5 Tage versammelt war — sittingsfrei bleiben muß und der Montag sehr notwendig zur Vorbereitung verschiedener Gesetzentwürfe, Eingänge und Anträge aus dem Hause benötigt wird.

In nächster Woche sind im Plenum noch zu behandeln Ministerium des Innern, Kultus und Unterricht, Justiz- und Finanzministerium.

### Fortsetzung der Gutberaterung

DZ. Karlsruhe, den 25. Juli.

In der Nachmittagsitzung berichtete Abg. Gebhardt von den Ausschüßverhandlungen über den Landbündelantrag auf Übertragung der gesamten

Landwirtschaftspflege an die Landwirtschaftskammer. Der Ausschuß verhielt sich ablehnend während der Berichtserörterung persönlich die Bitte auszusprechen, dem Antrag zuzustimmen.

In der Aussprache erklärte Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe, daß die Zentrumsfraktion im wesentlichen auf dem Boden der Ausschüßbeschlüsse stehe. Bei den Unruhen des letzten Jahres habe es das Ministerium verstanden, die Autorität des Staates zu erhalten und so festigen. Wir vertrauen darauf, daß man auch hinsichtlich der Kampfwunde der Kommunisten auf dem Plane sein wird. Nach Wiederherstellung der Ordnung sei es freilich nicht Aufgabe der Polizei, Schuldige oder Unschuldige mit den Knütteln zu bestrafen. Wenn die Ruster Vorgänge sich wirklich so abgepielt haben, wie hier vorgetragen wurde, so sind wir sicher, daß der Innenminister mit scharfer Hand zugreifen wird, damit sich Ähnliches nicht wiederholt. Unsere Handelsvertretung in Berlin sollte sich auch um die landwirtschaftlichen Belange kümmern. Der Beamtenabbau bringt im Innenministerium eine Anfangssparnis von 1,1 Millionen. Der Redner wünscht größere Selbständigkeit der Bezirksämter und Gemeindeverwaltungen. Er wandte sich dann den Zeitersparnissen zu, bekämpfte die überall herrschende Vergewissungstucht, der man nach Wiederkehr der festen Währung durch die Bekämpfung des Sparfinnes begegnen müsse. Der Redner hob ferner die Wichtigkeit der Pflege eines wahrhaft christlichen Familienlebens hervor und regte schließlich die Vornahme einer Volkszählung mit Konfessionsstatistik an, um eine geeignete Grundlage für die Kirchensteuer zu erhalten. Für die hochwasser- und hagelgeschädigten Gemeinden verlangt er eine gleichmäßige Unterstützung.

Abg. Schill (Ztr.) schilderte die heutige Notlage der Landwirtschaft, deren Kreditbedürfnis außerordentlich sei. Um die Schutzkette werde man nicht herumkommen, die Wucherpreise seien nicht auf das Schuldkonto der Erzeuger, sondern des Zwischenhändlers. Der Redner beklagte sich über die für die Landwirtschaft kaum noch tragbaren Steuerlasten und verlangte größte Aufmerksamkeit gegenüber der Nebenausgabe. Bei der Schutzkette handle es sich um Leben oder Tod eines großen Berufsstandes.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) unterstützte das Verlangen des Städteverbandes auf rechtzeitige Mitteilung der Gesetzentwürfe. Er empfahl ferner das Streben der Städte nach größerer Einflußnahme auf die Gesetzgebung der Reichsregierung, um dann einen Antrag auf Aufhebung des Besoldungsvertrages zu begründen u. auf versch. Unklarheiten der Gemeindeordnung, sowie des Polizeigesetzes hinzuweisen. Hinsichtlich des letzteren fragte er nach dem Stadium d. Vollzugs. Die Aufnahme ausländischer Anleihen seitens der Gemeinden erscheint ihm bedenklich, da die Tragweite eines solchen Schrittes gar nicht zu übersehen sei. Durch die Ablehnung des Voranschlags in Heidelberg hätten die städtischen Kollegien eine ganz unmögliche Situation geschaffen. Die weiteren Darlegungen des Redners betrafen die Verwaltungsgeschichte der Praxis, namentlich die Frage der Übertragung der Verwaltungsgerichtsbarkeit an die Zivilgerichte. Er betonte in diesem Zusammenhang die Zweckmäßigkeit eines eigenen Verwaltungsgerichtshofes.

Abg. Schön (Dem.) hält es durchaus für möglich, die gesamte Landwirtschaftspflege einem Selbstverwaltungskörper zu übertragen.

Der Redner wandte sich gegen die Auffassung, als ob die Landwirtschaftskammer politisiert sei. Dem inzwischen eingegangenen Antrage Dr. Matthes (D. Ep.) auf Vorlage eines Gesetzentwurfes, der die gesamte Förderung der Landwirtschaft mit Ausnahme des landw. Schulwesens der Landwirtschaftskammer zuweist, werde ein Teil seiner Freunde zustimmen. Es würde dadurch der Dualismus in der Arbeit beseitigt, wobei das staatliche Kontrollrecht unberührt bleibt. Was der Abg. Schill über die Lage der Landwirtschaft sagte, könne voll und ganz unterzeichnet werden. Wir in Baden haben ein großes Interesse daran, daß die Zollvorlage, wie sie dem Reichstage zugegangen ist, Gesetz wird. Der Redner erzählte schließlich von der herzlichen Aufnahme in Schweden anlässlich der Studienreise der Landwirtschaftskammer.

Abg. Schmidt-Bretten (Dnt.) fordert nach wie vor den Abbau der Presseabteilung. Er beklagt sich im weiteren über eine einseitige Behandlung der württembergischen Verhältnisse, insbesondere der Regimentsfeiern. Dem Antrag Dr. Matthes betr. die Landwirtschaftspflege stimme seine Fraktion zu. Die ungünstige Lage der Landwirtschaft habe seinen Grund in den zu hohen Steuern und viel zu niedrigen Produktpreisen. Nur der Schutz Zoll könne helfen. Daran hätten die großen und kleinen Bauern das gleiche Interesse. Bei nur noch schwach besetztem Hause wurde um 7.30 Uhr die Weiterberatung auf Dienstag früh 8 Uhr vertagt.

### Der Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe

Die von verschiedenen Tageszeitungen gebrachte Mitteilung, daß der Präsident der Reichsbahndirektion Freiherr von Eich-Rübenach päpstlicher Kammerherr sei, ist unzutreffend. Er bekleidet weder diese noch eine andere Würde des päpstlichen Stufes.

### Deutscher Bankbeamten-Verein

Am Sonntag fand in Karlsruhe eine Vorstandskonferenz des Gauverbandes Württemberg-Baden des Deutschen Bankbeamten-Vereins statt. Die Versammlung war aus allen Teilen des Gaubezirks überaus zahlreich besucht. Fast kein Zweig- und Ortsverein des großen Gebietes war unvertreten. Die Verhandlungen leitete der Gauvorsitzer W. Jeut-Stuttgart. An ihnen nahm auch der geschäftsführende Vorsitzende des Deutschen Bankbeamtenvereins M. Fürstenberg-Berlin, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, teil. Die Beratungen, die fast 7 Stunden währten, erbrachten eingehende Besprechungen über die Notlage der Bankbeamten, den Abbau, die Gehaltsfrage, über die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland und besonders über die Lage im Bankgewerbe. Eine Entschärfung, die zum Schluß einstimmig angenommen wurde, wendet sich gegen den „zur Ignoranz und teils völlig unsozialen Abbau im Bankgewerbe“ und weist auf die wirtschaftliche Notlage der Bankangestellten hin, deren Bezüge unbedingt eine Erhöhung erfahren müssen.

### Verband der Oberbadischen Kreditgenossenschaften

In Anwesenheit von Vertretern des Ministeriums des Innern, des Bezirksamtes, der Handelskammer, der Handwerkskammer, der Reichsbank, der Dresdener Bank und der Landesgewerbebank begann am Mittwoch vormittag in Freiburg i. Br. der 57. Verbandstag des Verbandes der Oberbadischen Kreditgenossenschaften.

Verbandsdirektor Wisler erstattete den Bericht über die Entwicklung des Verbandes. Der Redner gab der Genehmigung über die inzwischen eingetretene Stabilisierung durch die Einführung der Rentenmarkt Ausdruck und sprach die Hoffnung aus, daß diese Stabilität im Interesse der Befundung unseres Wirtschaftslebens sich als fest und dauernd erweisen möge. Er wies weiter darauf hin, daß die gegenwärtige furchtbare Wirtschaftskrise, die sich in nächster Zeit noch verschärfen wird, als naturnotwendige Reaktion auf die Scheinblüte der vergangenen Jahre, eine unabänderliche Begleiterscheinung des Befundungsprozesses sei, u. daß die deutsche Wirtschaft durch dieses Feuer hindurch müsse, um zum Aufstieg zu gelangen. Als in engem Zusammenhang mit diesem Befundungsprozess stehend, bezeichnete der Redner die endliche und endgültige Lösung des Reparationsproblems. Jedoch dürfe nicht alles Heil allein von ausländischer Kreditgewährung erwartet werden, es müsse vielmehr zur Neubegründung einer gesunden Wirtschaftslage von allen Wirtschaftskreisen selbst mit Hand angelegt werden, und auch die Genossenschaften müßten die Kräfte, durch die sie scharf in Mitleidenschaft gezogen werden, aus eigener Kraft überwinden, wozu durch Festigung und Stärkung des zusammenhängenden eigenen Vermögens, durch zielbewußte Zinspolitik, durch Heranziehung neuer Einlagen und durch Förderung des Sparwesens der Mitglieder in erster Linie beigetragen werden solle. Im Zusammenhang mit der Frage des Rechtmäßiges der Genossenschaften zu den Mitgliedern kam der Redner auch auf das wichtige Problem der Aufwertung zu sprechen, wobei er hervorhob, daß bereits viele Genossenschaften einen wichtigen Schritt in dieser Richtung getan haben, dadurch, daß sie ihren Mitgliedern und Einlegern bei Aufstellung der Goldmarkbilanz eine Beteiligung an Überschüssen gewährten. Jedoch könne (was auch in dem anschließend erstatteten Bericht des Verbandsreferenten nachdrücklich erwähnt wurde) mit Rücksicht auf die Erziehung der Genossenschaften selbst an eine Durchführung dieses Verfahrens generell vorläufig nicht gedacht werden, schon deswegen nicht, weil die Genossenschaften ihre Geldmittel auf dem Kreditwege den Mitgliedern zur Verfügung gestellt haben. Jedoch wurde die Pflicht der Genossenschaften zur Aufwertung anerkannt, wobei die Schaffung von Rücklagen in den nächsten Jahren zwecks späterer Aufwertung empfohlen wurde.

Im Laufe der Berichterstattung wurde sodann u. a. auch auf die schwere Belastung der Genossenschaften durch die Grund- und Gewerbesteuer hingewiesen, die eine hohe Festsetzung der Sparanlagen verhindert und so die Pflege des Sparwesens, auf den die Genossenschaften angewiesen sind, ungünstig beeinflusst. In der sich anschließenden Aussprache erwähnte u. a. Direktor Dr. Seyff-Freiburg aus seinen eigenen Erfahrungen, daß im Ausland vielfach betont wird, daß man ganz zur Unterstützung der deutschen Wirtschaft durch Kredite bereit wäre, wenn durch Vermeidung unnötiger Regierungszulagen endlich innerpolitische Festigkeit und vertrauenswürdiges Zustand hergestellt würden. Im Rahmen der Referate der Anwaltschaft nach Punkt 7 der Tagesordnung über Goldbilanz, Genossenschaftsgesetzgebung u. Einfluß der Entwicklung des wirtsch. Lebens auf die Kreditgenossenschaft kam Justiz. Dr. Naub auf die akuten Fragen u. Schwierigkeiten des Wirtschaftslebens: wie Agrarkrise, Kreditnot, Kreditpolitik der Reichsbank etc. zu sprechen, wobei er besonders das Kapitel der jetzt herrschenden Not der Landwirtschaft mit einigen drastischen Beispielen aus der Preisgestaltung in der ostpreussischen und schleswig-holsteinischen Landwirtschaft beleuchtete. Der Redner richtete am Schluß seiner Ausführungen an das Publikum die Mahnung, wieder mehr zum bargeldlosen Verkehr zurückzukehren und mit der Anlage verfügbaren Geldes bei gutbedienten Bankinstituten nicht länger zurückzuführen und dadurch zu seinem Teil zur Wiederherstellung des deutschen Wirtschaftslebens beizutragen. Die Wahl des Verbandsdirektors und seines Stellvertreters sowie des Sechsenausschusses ergab die Wiederwahl der bisher in diesen Ämtern tätigen Herren. Als Ort für den nächsten Verbandstag wurde Lörrach bestimmt.

### Landesstagung der badischen Naturheilvereine

Am Sonntag, den 13. Juli fanden sich, wie uns geschrieben wird, die Vereinsvertreter der Naturheilvereine Badens und der Pfalz im kleinen Handelskammeraal in Karlsruhe zusammen. Der geschäftliche Tagung ging ein offizieller Teil voraus, der durch einen Vortrag des Bundesvorsitzenden, Paul Schirmer aus Berlin über das Thema: Hat die Naturheilbewegung Zukunft?, eröffnet wurde.

Die Bewegung hatte wie andere Verbände mit gemeinsamen Zielen und Zwecken ungeteilt gelitten. Dennoch hat die Mitgliederzahl mit 8224 (gegen 7664) in 2 Jahren 1922-24 zugenommen. Durch intensive Bemühungen konnten Vereine in Konstanz, Radolfzell, Engen und Malsch für die Naturheilsache gewonnen werden. Die Finanzen der Gruppe standen schlecht, trotzdem es zäher und stiller Arbeit gelang, Staatszuschüsse durch Baden und Pfalz in für die 1922er Verhältnisse nicht unbedeutenden Summen zu erhalten. Die Steuerfreiheit für Vorträge und ähnliche Veranstaltungen der badischen Vereine wurde f. Bt. auf dringendes Ansuchen genehmigt. Die Fahrpreisermäßigung für Jugendwanderer in Gruppen konnte auch als Erfolg zielbewußten Strebens gebucht werden. Die Schaffung von Lehrstühlen für Naturheilkunde ist eine dringende Notwendigkeit, weil sie wissenschaftlich gebildete Ärzte zur natürlichen Heilwissenschaft heranziehen sollen. Gelingt dies, so gelingt auch die restliche Beseitigung des überhandgenommenen Kurpfüßertums — auf lokalem Wege! Die Vortragstätigkeit wurde in über 150 Vorträgen und Kursen durchgeführt. Die Wahl ergab die Verlegung der Gruppenleitung von Pforzheim nach Kaiserlautern in der Pfalz. Als nächste Tagungsstätte für 1925 wurde Pforzheim bestimmt, wie noch besonders darauf hingewiesen wurde, daß im kommenden Jahre auch die Bundesversammlung aller deutschen Naturheilvereine in Pforzheim stattfinden wird. Nachdem noch eine Sympathie-Rundgebung für die Brüder im abgetrennten und besetzten Gebiet erfolgt war, wurde die 6 1/2tägige Tagung durch den Leiter, Herrn Ballweber aus Pforzheim, geschlossen. Nachher waren die Teilnehmer noch Kaffeegäste des Karlsruher Bundesvereins in seinem herrlichen Luft-Sonnenbad.

### Landesversammlung des Verbandes der badischen Krankentassen

Im festlich geschmückten Freisack fand am 20. und 21. Juli eine aus dem ganzen Lande zahlreich besuchte Landesversammlung des Verbandes badischer Krankentassen unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Ziegelmaier statt. Regierung, Versicherungsbehörden und wirtschaftliche Vereinigungen hatten Vertreter entsandt.

Die beiden Redner des ersten Tages, Direktor Dr. Jäger (München) und Ob. Reg. Rat Emele (Karlsruhe) sprachen in ausgezeichneten Referaten über den Umbau der Sozialversicherung und über die Erwerbslosenversicherung. „Ein armes Volk darf nicht nur, es muß Sozialpolitik treiben“, dies war der Grundgedanke des ersten Vortrages. Diese Sozialpolitik folgt heute 4 Richtlinien: Vereinfachung — Vereinheitlichung — Verbilligung — In-Richtungstellung der allgemeinen Versorgung. Mit geringem Aufwand an Mitteln muß ein großer Erfolg erzielt werden. Der Redner machte dann eine Reihe von praktischen Vorschlägen zur Vereinfachung und Verbilligung der Sozialversicherung. Ob. Reg. Rat Emele erörterte in der Hauptsache die gegenwärtigen Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge und ging besonders auf die Tätigkeit der Arbeitsnachweise bei der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge ein, wobei er die große wirtschaftliche Not hervorhob, die unerschuldete Erwerbslosigkeit in den Familien verursacht.

Am Nachmittag wohnten die Versammlungsteilnehmer als Gäste der Stadt Freisack der Aufführung des Festspiels „Peter von Hagenbach“ bei.

Am Montag vormittag wurde zunächst in die Diskussion der Referate des Vortages eingetreten. Dabei wurde von verschiedenen Rednern zu dem Thema des ersten Vortrages betont, daß beim Umbau der Sozialversicherung eine Vereinfachung und Verbilligung des Systems durch Zurückgehen auf seine einfachen Grundlagen unbedingt erreicht werden müsse, und daß die Zersplitterung, die vielfach, z. B. durch die sogenannten Krankentassen in das Krankenversicherungswesen hineingetragen wurde, sehr zu beklagen sei. Auch die Vereinfachung des Verwaltungsapparates wurde, ganz im Sinne des Referenten, der Notwendigkeit der Zeit entsprechend verschiedentlich gefordert. Die letztere Frage soll im Spätherbst auf einer Geschäftsführerkonferenz eingehend behandelt werden. Was die Durchführung der ganzen Frage des Umbaus der Sozialversicherung betrifft, so herrschte die Auffassung vor, daß der Umbau nicht überstürzt werden darf und daß ganze und gründliche Arbeit geleistet werden muß, wie es bei dem Eintritt gedeßelterer und normaler Verhältnisse als wir sie gegenwärtig im Zeichen großer Erwerbslosigkeit, beständiger Wirtschaftskrise und umfangreicher Kurzarbeit haben, geleistet werden kann. Abg. Ziegelmaier setzte sich sodann in diesem Zusammenhang energisch für die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit und Selbstverwaltung der Kassen gegenüber dem Arbeitsamt und den Bezirksverwaltungen ein. Die hier und sonst im Laufe der Aussprache geäußerten Wünsche und Beschwerden der Versammlung ver sprach Oberregierungsrat Emele seiner Regierungsstelle zu unterbreiten.

In der Aussprache über das zweite Referat wurde an dem Erlaß des Arbeitsministeriums betr. die Befreiungsbestimmungen bei der Beitragszahlung für die Erwerbslosenfürsorge Kritik geübt. Es trat die Auffassung zutage, daß diese Befreiungsbestimmungen im Interesse der Sache am besten wieder beseitigt würden, zumindest aber nicht bloß auf das Land, sondern auch auf die Stadt Anwendung finden müssen.

Nach Beendigung der Diskussion wurde in der Beratung der weiteren Punkte der Tagesordnung fortgefahren und dabei u. a. die Frage des Verhältnisses der Krankentassen zu den Ärzten kurz berührt, sodann der Kassenbericht entgegengenommen und genehmigt und der Verbandsbeitrag auf 7 Pf. für das laufende Jahr festgesetzt. Die darauf vorgenommene Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Der Vorsitzende, Abg. Ziegelmaier schloß nach Erledigung der Tagesordnung um 12 Uhr die arbeitsreiche Tagung. Mit einem gemeinsamen Mittagessen sämtlicher Teilnehmer fand sodann die Tagung ihren Abschluß.

Lorenz' Karte vom Schwarzwald, 1:150.000. 4 Blätter in sechsfarbigem Steinbrud mit Höhenstrichlinien und farbigen Wegbezeichnungen nach amtl. und privaten Quellen bearbeitet. (Verlag von Fr. Paul Lorenz, Reiseleiter- und Landkartenverlag, Kartographische Anstalt in Freiburg i. Br. Jedes Blatt unaufgezogen 1,25 Goldmark.) — Blatt 3: Freiburg-Triberg-Basel-Waldshut. Ein gutes Blatt in 6 Farben, das uns da von dem bei allen Touristen und Reisenden bekannten Reiseleiter- und Landkartenverlag in ganz neu durchgearbeiteter und verbesserter Auflage vorgelegt wird, sauber und farbenfreudig in der Ausführung und doch bei aller Genauigkeit nicht überladen, wie man es praktischer nicht finden kann. — Lorenz' Reiseleiter: Der Feldberg im Schwarzwald. Praktischer Führer durch das Feldberggebiet und seiner weiteren Umgebung. Mit sechsfarbiger Umgebungskarte 1:150.000. Die interessante Einleitung macht uns mit dem Aufbau, der Flora, Fauna und der uralten Geschichte des Feldberges bekannt. Die dann beschriebenen fast 50 Zugangswege auf den Feldberg sind mit Genauigkeit angegeben. Sehr geschickt ist die Angabe der Kilometer bis zum Zielpunkt über auch die Rundwege angegeben und der Stäufel kommt durch ein Kapitel „Winterport“ und der Aufzählung von 30 schönen Etappen auf seine Rechnung.

## Aus der Landeshauptstadt

**Tagung des deutschen Werkbundes**  
Donnerstag vormittag 9 Uhr begann hier die bis zum 26. Juli dauernde 13. Jahrestagung des Deutschen Werkbundes mit einer Vorstands- und Ausschusssitzung, im kleinen Rathhauseaal, nachdem sich Mittwoch Abend die bereits in städtischer Anzahl eingetroffenen Teilnehmer mit ihren Damen im Tiergarten-Restaurant zu einem Begrüßungsabend zusammengefunden hatten. In einer Donnerstags-Nachmittag abgehaltenen Mitgliederversammlung im großen Rathhauseaal wurde der Tätigkeitsbericht erstattet. Danach ist es gelungen, den während der Inflationszeit nicht unerheblich zurückgegangenen Mitgliederstand fast wieder auf die vorherige Höhe zu bringen. Im weiteren Verlaufe beschäftigte sich die Vorstands- und Ausschusssitzung mit Finanzfragen, Wahlen und Anträgen.

An die Mitgliederversammlung im Rathhauseaal, die sich bis gegen 7 Uhr nachmittags hinzog, schloß sich abends 8 Uhr ein von der Stadt Karlsruhe gegebener Festabend im Stadtgarten-Restaurant mit Seebefeuchtung. Im Verlaufe des Abends hieß Oberbürgermeister Dr. Finter die Gäste im Namen der Stadt herzlich willkommen und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß gerade Karlsruhe vom Werkbund mit der diesjährigen Tagung beehrt worden sei, sei es nun in seiner Eigenschaft als Grenzstadt oder als Kunststadt. Geheimrat Brudmann-Heilbronn, der zweite Vorsitzende des Werkbundes, griff die letztere Bemerkung auf und betonte, daß für die Wahl Karlsruhe als Tagungsort beide angeführten Gründe mitbestimmend gewesen seien. Es gelte im Sinne der Ziele des Werkbundes gerade jetzt mit aller Energie sich zu betätigen, um den Anschluß an die Weltkultur nicht zu verlieren, da Deutschland bei der nächstjährigen großen Pariser Ausstellung nicht vertreten sein werde und weil England schon während des Krieges die Organisation des Werkbundes nachgehakt habe und außerordentlich zielbewußt auf diesem Gebiete arbeite. Der Sieg im Kampfe auf dem Weltmarkt werde da sein, wo Höchstleistung in jeder Beziehung, in künstlerischer wie in technischer, sich zeige; und hier müßten und wollten wir nicht zurückbleiben. In dieser Hinsicht aber müsse der Werkbund nach wie vor Hülfe sein bester deutscher Art. Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß Württemberg, Baden und Hessen, wie in so mancher anderer Hinsicht, auch in der Werkbund-Frage zusammengehen und zusammenarbeiten, um gemeinsam reiche Erfolge zu erzielen.

Freitag vormittag begrüßte im Konzerthaus der Vorsitzende des Deutschen Werkbundes, Prof. Niemerschmied, die Vertreter des Reichs, des Staats und der Stadt, der Kammern usw. Er wies auf die Verflochtenheit der Kunst mit allen Lebensäußerungen eines hochstehenden Volkes hin, die mehr seither von uns zu würdigen sei, da heute die Kunst als mitbestimmender Faktor augencheinlich vergessen werde. — Geheimrat Brudmann-Heilbronn forderte von den Regierungen und Behörden Unterstützung der Tätigkeit des Werkbundes, der nur gedeihen könne, wenn er nicht berührt werde von dem Streit der politischen Parteien, dann aber auch eine Zusammenfassung besser deutscher Kraft und Gesinnung darstelle.

Staatssekretär Schulz überbrachte die Grüße und Wünsche der Reichsregierung und besonders des Reichsministers Dr. Harres, der den kulturellen Aufgaben unserer Zeit, speziell der Kunst, ein ganz besonderes, auch persönliches Interesse entgegenbringe und sie nicht vergesse. Allerdings seien dem Reich bei der Förderung kultureller Aufgaben gerade heute harte Schranken gezogen; aber diese Schwierigkeiten müßten überwunden werden. Wie auch die Entscheidung über Deutschlands Schicksal ausfallen möge, die deutsche Kultur werde sich nicht erdrücken lassen. Gerade in Zeiten der Not, wie heute, werde die Kunst ihre Aufgabe zu erfüllen verstehen. Parole der deutschen Industrie aber müsse heute sein: nicht „billig und schlecht“, sondern „gut und darum auch billig“. Bei Zusammenwirken aller Kräfte werde der deutsche Wiederaufstieg in den nächsten Jahren ein schnelleres Tempo als bisher annehmen.

Minister Hellbach hieß namens des badischen Staatspräsidenten und der Regierung die Gäste willkommen und insbesondere namens des Ministeriums für Kultus und Unterricht, Oberbürgermeister Dr. Finter überbrachte die Grüße und Wünsche der Stadt Karlsruhe. Handelskammerpräsident Dr. Renzinger-Karlsruhe und der Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe, solche der von ihnen vertretenen Körperschaften. Sie alle betonten ihre freundliche Uebereinstimmung mit dem Streben und Zielen des Werkbundes.

Im Anschluß an diese Begrüßung hielt Direktor Vorst von der Stuttgarter W.G. Robert Bosch einen lichtvollen, mit überaus starkem Beifall aufgenommenen Vortrag über „mechanische Industriearbeit“, in dem er zu dem Schluß kam, daß die Entwicklung zur Mechanisierung gesetzmäßig und zwangsläufig und an keiner Stelle aufzuhalten war. In ihrer Fortsetzung führe sie zu ganz selbsttätig arbeitenden Maschinen, die auf allen Gebieten der Technik im Kommen begriffen seien und den Menschen zum Maschinenbeherrscher machen. Die Fortschritte der psychologischen und physiologischen Forschung würden neue, den Menschen zugute kommende Erkenntnisse zeigen. — An diesen äußerst anregenden Vortrag schloß sich eine eingehende Aussprache.

Nachmittags folgten die Teilnehmer einer Einladung zur Besichtigung der Groß- Majolica-Manufaktur.

**Gesellschaftsänderung nach Baden-Baden.** Am Sonntag, den 27. Juli verkehrt ein vom Badischen Verkehrsverband veranlaßter Gesellschaftsänderung von Mannheim über Heidelberg-Karlsruhe (ab 6.15 vorm.) nach Baden-Baden (Ankunft 7.28 vorm.), zu dem in beschränkter Anzahl auch ermäßigte Rückfahrkarten ab Karlsruhe ausgegeben werden. Preis 1,80 M. 4. Klasse. Rückfahrt ab Baden-Baden 9.04 abends, Karlsruhe an 9.50 abends. Fahrkartenausgabe in Karlsruhe durch den Badischen Verkehrsverband Kaiserstraße 145, Eingang Rammstraße.

## Kurze Nachrichten aus Baden

DJ. Heidelberg, 25. Juli. Vom 14. bis 17. September wird in Heidelberg der Allgemeine deutsche Erziehungstag stattfinden und im Anschluß daran die Tagung der Psychopathenfürsorge und der Deutsche Jugendgerichtstag.

DZ. Rastatt, 26. Juli. Wie die Rastatter Zeitung mittelt, brach gestern nachmittags 33 Uhr in den Wohnbaracken des Schwarzenbuchs ein Brand aus, durch den zwei Wohnbaracken vollständig zerstört wurden. An den Löscharbeiten beteiligten sich die Feuerwehren der umliegenden Orte. Gegen 6 Uhr nachmittags konnte der Brand als gelöscht angesehen werden. Der Schaden wird auf etwa 30 000—40 000 Mark geschätzt. Der Brand ist umso bedauerlicher, als die Arbeiter dadurch ihr in harter Arbeit geschaffenes Gut verloren haben. Von einer Exposition, wie gerüchelt wurde, ist hier nichts bekannt.

DJ. Rastatt, 25. Juli. Eine Mitteilung der Delegation der Rheinlandkommission an die „Kölnische Zeitung“ macht darauf aufmerksam, daß sich nach Zeitungsmeldungen Büros aufgeben haben, die gegen Bezahlung die Ausstellung von Geleitscheinen bei den Besatzungsbehörden vermitteln wollen. Die Delegation weist darauf hin, daß derartige Büros und Agenturen von den Besatzungsbehörden nicht anerkannt sind und daß ihnen keine besondere Berücksichtigung zuteil wird. — Ferner wird bemerkt, daß die Gebühren für die Ausstellung von Geleitscheinen durch Verordnung der Rheinlandkommission festgesetzt sind und daß die Besatzungsbehörden für eine etwa zu beschleunigende Erledigung eines Gesuches keine Sondergebühr erheben können.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung

über die Befassung mit einer Grundschuld zwecks Aufwertung und Rückzahlung der öffentlichen Baukosten nach Maßgabe der dritten Steuerordnung.

Auf Grund des § 14 des Gebäudesteuergesetzes vom 2. Juli 1924 (S. 185) wird folgendes angeordnet:

1. Die Berechnung des Goldmarkwerts der Baukostenbeihilfen aus öffentlichen Mitteln des Reichs, des Landes und der Gemeinden (Wohnungsverbände) erfolgt in der Weise, daß für jede einzelne, nach dem 3. Januar 1922 geleistete Zahlung nach § 2 der Reichsverordnung zur Durchführung des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken vom 29. Juni 1923 (R.G.B.I. I S. 482) und der fünften Reichsverordnung zur Durchführung des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken vom 17. April 1924 (R.G.B.I. I S. 415) der für den Zahlungstag maßgebende Feingoldwert bestimmt und daraus durch Vervielfachung mit 2,79 der Goldmarkwert und für jede Zahlung vor dem genannten Zeitpunkt auf Grund des letzten amtlichen Mittelkurses der Berliner Börse vor dem Zahlungstag für Auszahlung Newyork der Dollarwert bestimmt und daraus durch Vervielfachung mit 4,2 der Goldmarkwert ermittelt wird; 40 v. H. des Gesamtbetrags des so gefundenen Goldmarkwerts stellen den Betrag der Grundschuld dar. Der Wert bereits zurückgezahlter Beträge wird in gleicher Weise festgestellt und von dem Goldmarkbetrag der Grundschuld abgezogen. In das Grundbuch wird der hiernach verbleibende

Goldmarkbetrag als Grundschuld eingetragen; die Eintragung unterbleibt bei Grundstücken von Gemeinden oder wenn der Grundschuldbetrag 100 Goldmark nicht übersteigt. Zuständig für die Feststellung des Goldmarkwerts ist in den verbandsfreien Gemeinden der Bürgermeister, in den übrigen das Bezirksamt. Gegen die Festsetzung kann binnen 14 Tagen nach der Zustellung Beschwerde an das Kreisministerium erhoben werden. Die Eintragung ins Grundbuch erfolgt nach Rechtskraft des Feststellungsbescheides auf Ersuchen der Stelle, die den Bescheid erlassen hat; die Kosten trägt der Grundstückseigentümer.

2. Die Grundschuld ist vom 1. April 1924 ab mit 6 v. H. jährlich zu verzinsen und mit einem jährlich steigenden Betrag zu tilgen, der sich je Wohnung beläuft nach Ablauf des ersten Jahres auf 100 Goldmark, nach Ablauf des zweiten Jahres auf 110 Goldmark und so fort bis zur gänzlichen Tilgung der Grundschuld; andererseits allgemeine Festsetzung der Zins- und Tilgungsbeträge nach Maßgabe der Entwicklung der Mieten bleibt vorbehalten. Die Grundschuld kann jederzeit im vollen Betrag von Schuldner heimbezahlt werden; die Heimzahlung muß spätestens am 1. April 1934 erfolgen.

3. Die anfallenden Tilgungsbeträge und Zinsbeträge — letztere soweit sie nicht zur Deckung des Verwaltungsaufwandes oder zur Bestreitung des Schuldendienstes für Wohnungsbaudarlehen benötigt werden —, sind dem Wohnungsgrundstock zuzuführen und dürfen nur zur Förderung des Wohnungsbaues verwendet werden.

4. Vom Gesamtbetrag der auf die Leistungen des Reichs und des Landes entfallenden Anteile an den einzelnen Grundschulden sind jeitens der Gemeinden und Wohnungsverbände drei Viertel an das Land abzuführen in der Weise, daß für jede Wohnung jährlich 50 Goldmark bis zur Tilgung des Schuldbetrags gezahlt werden; der auf diese Weise bis zum 1. Mai 1934 nicht getilgte Teil ist in einer Summe auf diesen Zeitpunkt abzuliefern. Zinsen sind für diesen Schuldbetrag von Gemeinde und Wohnungsverband nicht zu entrichten.

5. Die nach diesen Bestimmungen geschuldeten Zahlungen sind in der gesetzlichen Währung oder einem gesetzlich zugelassenen Zahlungsmittel zu leisten. Die Höhe des hiernach zu zahlenden Betrags errechnet sich nach Maßgabe der Vorschrift über wertbeständige Hypotheken Reichsgesetz vom 23. Juni 1923 — R.G.B.I. I S. 407 —, § 2 der Reichsverordnung vom 29. Juni 1923 — R.G.B.I. I S. 482 — und Reichsverordnung vom 17. April 1924 — R.G.B.I. I S. 415 — nach dem letzten amtlich festgestellten Londoner Feingoldpreis und dem Mittelkurs des Pfundes Sterling an der Berliner Börse auf Grund der letzten amtlichen Notierung vor dem für die Berechnung maßgebenden Tag. Maßgebend ist für die fortlaufenden Zins- und Tilgungszahlungen der 15. des der Fälligkeit vorausgehenden Monats, für alle Kapitalzahlungen der Tag der Zahlung oder Überweisung.

Karlsruhe, den 24. Juli 1924.

Der Badische Arbeitsminister  
Engler.

Zur Entlastung des um 2.19 nachm. von Karlsruhe über Heidelberg nach Frankfurt a. M. abfahrenden Schnellzuges D 159 wird der Schnellzug D 269, Karlsruhe ab 2.25, Mannheim an 3.29 nachm., der wie der Zug D 159 durchlaufende Wagen von Basel und Konstanz führt, vom 26. Juli an bis auf weiteres wie folgt bis Frankfurt a. M. durchgeführt: Mannheim ab 3.35, Friedrichsfeld Nord 3.48, Darmstadt 4.33/35, Frankfurt a. M. an 5.02 nachm. Zug D 259 Mannheim ab 3.15, Friedrichsfeld Nord an 3.27 nachm. fällt vom 26. Juli an bis auf weiteres aus. Der über Heidelberg verkehrende Hauptzug D 159 fährt vom gleichen Tag an in Friedrichsfeld Nord durch und verkehrt bis auf weiteres auf der Main-Neckar-Bahn wie folgt: Weinheim ab 3.45, Bensheim 4.01, Darmstadt 4.24/27, Frankfurt a. M. an 4.54 nachm. Als Gegenzug von Nachzug D 159 Mannheim-Frankfurt a. M. verkehrt ab 27. Juli bis auf weiteres Nachzug D 158, Frankfurt a. M. ab 12.20, Darmstadt 12.50/55, Friedrichsfeld Nord ab 1.45, Mannheim an 1.57, ab 2.08 nachm. als Zug D 270 mit durchlaufenden Wagen nach Basel und Konstanz.

Kein Laden!  
Gardinen / Cocos / Niedrige Preise  
Karlsruhe, Kaiserstraße 235 (Nähe Hirschstr.)

Der heutigen Nummer liegt die Beilage „Wissenschaft und Bildung“ bei.

# Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

D. 292

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Karlsruher Herbstwoche 1924  
September und Oktober

Künstlerische, musikalische, literarische, sportliche und wirtschaftliche Veranstaltungen  
Prospekt: Verkehrsverein Karlsruhe.

Städt. Konzerthaus Karlsruhe.

Direktion: Adalbert Steffter.

Heute, Samstag, abends 8 Uhr.

Zum letzten Male:

Die schöne Rivalin.

Morgen, Sonntag, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Des Königs Nachbarin.

Montag, den 28. Juli 1924 und täglich, abends 8 Uhr.

Des Königs Nachbarin.

Stadtkassenbuchhalter

in Aushilfsstellung bei hoher Vergütung sofort gesucht. Angebote unter D 464 an die Exp. d. Karlsruh. Zeitung erbet.

Lungen- und Asthmakranken!

Ist unser Kräuter-Tee „Silvana“ von hervorragender, vorbeugender Wirkung. „Ihr Tee hat bei mir direkt Wunder gewirkt“, schreibt E. W. in F. „Auswurf, Nachtschweiß, Fieber, Husten, Atembeschwerden hörten sofort auf“. „Unser Arzt freute sich selbst, daß der Tee mir bekommt“. „Appetit und Wohlbefinden haben sich“, so lauten täglich einlaufende Dankschreiben. Pro Paket Mk. 1.— Nachnahme. Laut bezirksärztlicher Bestätigung frei verkäuflich. D. 466  
Silvana-Gesellschaft, Laingen-Donau 91.

Buchdruckerei und Verlag

G. Braun & Co.  
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag  
Karlsriedstraße 14  
Karlsruhe

Modern eingerichtete  
leistungsfähige Buchdruckerei

Herstellung von  
Werken, Zeitschriften  
und Drucksachen  
jeder Art

Schnelle und sorgfältige Ausführung

Herrenstoffe  
Herrentuchhaus  
Herrenstraße 22

Neueinteilung der Kreisbezirke betr.  
In unserer Bekanntmachung vom 28. Juni 1924 muß es heißen statt Kreisbezirk IV: 2.125  
„Einer der vier städt. Kreisbezirke“.  
Heidelberg, 23. Juli 1924.  
Badisches Bezirksamt.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Soelen erschien:

Das Wildseemoor  
bei Kaltenbronn  
im Schwarzwald  
ein Naturschutzgebiet

von

Dr. Karl Müller

Direktor des Badischen Weinbauinstituts in Freiburg  
und der Hauptstelle für Pflanzenschutz in Baden

Mit 1 Karte und 28 Abbildungen

Preis geheftet Mk. 4.—, gebunden Mk. 5.50

Verlag G. Braun, G. m. b. H. in Karlsruhe